

Dr. Samuel Müller
im September 2023

Am 1. September 2023 lud Die Projektwerkstatt Berlin e.V. in Kooperation mit der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. zum gemeinsamen Austausch nach Brandenburg an der Havel ein. In offener Runde und in Fokusgruppen führten Impulsgeber*innen und Teilnehmer*innen intensive Gespräche miteinander. Dabei wurden verschiedene Schlüsseldimensionen des Themas „Frieden und Sicherheit in Brandenburg, Deutschland und der Welt“ herausgearbeitet. Die Frage nach Fluchtursachen und deren Bekämpfung war dabei ebenso zentral, wie die Frage danach, was Integration in Brandenburg bedeutet und wie sie gelingen kann.

Zu den Impulsgeber*innen zählten (in alphabetischer Reihenfolge) Latifa Amman (United Action Women and Girls e.V.), Ehab Badwi (Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V.), Lyudmyla Mlosch (Zentralverband der Ukrainer in Deutschland e.V.), Obiri Mokini (Cagintua e.V.) und Jahsa Wiles (Venrob e.V.). So konnte die Thematik unter vielfältigen regionalen Gesichtspunkten diskutiert werden. Dabei kristallisierten sich die folgenden Kernaussagen und Kontroversen heraus.

Solidarität in der Entwicklungszusammenarbeit

Ein besonderes Anliegen der Gesprächsteilnehmer*innen war, wie Solidarität ermöglicht und gestärkt werden kann. Dabei wurde nicht allein die Solidarität zwischen den Menschen und Gesellschaften des globalen Nordens und des globalen Südens betont. Im Vordergrund stand die Forderung, dass sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen und soziale Bewegungen im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Politik solidarisch zeigen und gemeinsam in Aktion treten müssen – über den singulären Zuschnitt akuter Bedarfslagen hinweg, aber ohne sich diesen dabei weniger zuzuwenden.

So sprachen sich die Teilnehmer*innen u.a. für eine tiefergehende Zusammenarbeit und umfassende Solidarität zwischen der Ukraine und den Ländern Afrikas aus, wenn es beispielsweise um das „Getreideabkommen“ geht. Die implizite Drohung Russlands, Hunger zu verursachen, indem Getreidelieferungen verhindert werden, wurde dabei scharf verurteilt.

Gleichzeitig wurde dezidiert darauf hingewiesen, dass Ernährungssicherheit grundsätzlich nicht als politischer Spielball missbraucht werden darf. Dabei kaschiert die politische Argumentation vieler wirtschaftsstarker Staaten weltweit nicht selten deren ökonomische wie machtpolitische Eigeninteressen. Solidarität kann so nicht entstehen, im Gegenteil, sie wird verhindert.

Zudem fehlt es in Deutschland nach wie vor an der weitreichenden und effektiven Vermittlung ziel-führender Informationen zu den Ländern Afrikas. Damit einher geht die Forderung nach einer ein-deutig (selbst)kritischen Haltung, die die Kolonialherrschaft durch die europäischen Länder und das nach wie vor folgenreiche Machtgefälle zwischen Europa und Afrika unzweifelhaft einbezieht. Ganz aktuell betrifft dies u.a. die krisenhaften Entwicklungen in Niger, mit einer komplexen Geschichte und weitreichenden Konsequenzen für Europa.

Solidarität braucht es aber auch innerhalb Deutschlands. So gilt es, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass alle Menschen, die nach Deutschland fliehen müssen und auf Hilfe angewiesen sind, gleichermaßen Unterstützung finden. Hier können entwicklungspolitische Akteur*innen und Orga-nisationen voneinander lernen, wie sich aus den gemeinsamen Gesprächen ergab.

Sprache als Brücke, aber auch als Mauer

Ein weiterer zentraler Aspekt war die Rolle der Sprache im Integrationsgeschehen. Sie ist wichtig für die eigene, aber auch für die kollektive Identität, sie kann Türen öffnen, aber auch schließen.

Dabei wurde im internationalen Kontext, zunächst unter historischen Gesichtspunkten, u.a. die restriktive Sprachpolitik der Sowjetunion gegenüber der Ukraine diskutiert, in der die ukrainische Sprache systematisch als uneigenständige und minderwertige Abwandlung des Russischen diffamiert wurde. Einer rigiden, auf Ausgrenzung setzenden Kulturpolitik als Teil der Kriegspolitik Russlands, gelte es Einhalt zu gebieten. Hierzu bedarf es der sorgfältigen historischen, einschließlich sprach- und kulturwissenschaftlichen Aufklärung und kritischen Reflexion.

Zudem wurden die Funktion von Sprache und der Imperativ des Spracherwerbs im Kontext des In-tegrationsgeschehens in Deutschland kontrovers diskutiert. Hier wurde einerseits festgehalten, dass Sprache eine Brücke in die Mehrheitsgesellschaft darstellt. Ohne ausreichende Sprachkennt-nisse sind nachhaltige Beteiligung und Teilhabe defacto nicht möglich. Andererseits wurde hervor-gehoben, dass der Imperativ des Spracherwerbs zum Exklusionsmechanismus und Ausschlussinstru-ment werden kann. So wird der Spracherwerb häufig erst dann für die/den Einzelne*n sinnvoll und erstrebenswert, wenn die Forderung, Deutsch zu lernen, mit einer ernstgemeinten und rechtssiche-ren Bleibeperspektive einhergeht sowie mit tatsächlichen Beteiligungs- und Teilhabechancen.

Gleichzeitig, so wurde zur Disposition gestellt, sei es für eine demokratische und offene Gesellschaft wenig relevant, in welcher Sprache ihre Mitbürger*innen kommunizieren – solange der demokrati-sche Konsens gewahrt bleibt. Es spricht also nichts dagegen, Integrationsmaßnahmen mehrsprachig oder in Fremdsprachen anzubieten.

Letzteres kann sogar zum Erfolg von Integrationsarbeit beitragen, wie von einigen Teilnehmer*innen argumentiert wurde, da auf diese Weise anstatt laufender Verständigungsprobleme inhaltliche Aspekte in den Vordergrund der gemeinsamen Auseinandersetzung rücken. Weitere Überlegungen zu einer Entpolitisierung der deutschen Sprache ließen sich anschließen, so folgert der Autor.

Integration als Exklusionsmechanismus?

Ein weiteres Schlaglicht der gemeinsamen Auseinandersetzung fiel sodann auf das Projekt selbst, also den „Integrationsdialog“. Zwar sei der gemeinsame Austausch, also der *Integrationsdialog*, dringend notwendig und dabei als durchweg konstruktiv zu bewerten. Gleichzeitig könne *Integration* auch gegenteilig, also ausschließend und polarisierend wirken, abhängig davon, wie das Konzept in Anschlag gebracht wird. Dies geschieht, wenn Integration als letztlich undurchsichtiger Vorgang mit unklarer Zieldefinition soziale Wirkkraft entfaltet, wenn Integration zur ultimativen Forderung und einem schlussendlich unerreichbaren Zwangszustand wird.

Dieser Kritik, wie sie hier von den Projektverantwortlichen gelesen wird, muss sich das Projekt öffnen, sie selbstkritisch aufnehmen und einen konstruktiven Umgang mit ihr finden.

Hintergrund

Der vorliegende Bericht geht auf die Veranstaltung „Frieden und Sicherheit in Brandenburg, Deutschland und der Welt“ zurück, aus der Reihe „Der Integrationsdialog – miteinander reden, miteinander leben“. Vor Veröffentlichung zirkulierte der Bericht unter den Impulsgeber*innen, von denen einige dankenswerterweise Kritik anbrachten, die aufgenommen wurde.

Bei der Veranstaltung handelte es sich um eine Kooperationsveranstaltung zwischen der Projektwerkstatt Berlin – Verein für demokratische Beteiligung und soziale Teilhabe e.V. und der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. Die Veranstaltung fand am 01.09.2023 von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr in Brandenburg an der Havel statt.

Mehr Informationen zur Reihe bzw. dem Projekt „Der Integrationsdialog – miteinander reden, miteinander leben“ und der Projektwerkstatt Berlin e.V. finden sich hier:

<https://pw-berlin.de/projekte/der-integrationsdialog-miteinander-reden-miteinander-leben/>

Zitation (Vorschlag)

Müller, Samuel. *Frieden und Sicherheit in Brandenburg, Deutschland und der Welt*. Hrsg. Die Projektwerkstatt Berlin e.V. (<https://pw-berlin.de/>), Arbeitspapier 2023/02, in Verbindung mit dem Projekt „Der Integrationsdialog – miteinander reden, miteinander leben“, September 2023, online. URL: *bitte hinzufügen*, zuletzt aufgerufen am *bitte hinzufügen*.